



Foto: Volker Hohengarten / Erzbistum Köln

„Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei,
ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran,
daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.“ (Theodor W. Adorno)

PLANUNGSANREGUNGEN
Befreiung vom Nationalsozialismus
Ende des Zweiten Weltkriegs

IMPRESSUM

Redaktion:

Volker Hohengarten

Erzbistum Köln | Generalvikariat

Hauptabteilung Seelsorge | Abteilung Bildung und Dialog

Referat Erwachsenen- und Familienbildung

Tel.: 0221 1642 1448 | E-Mail: volker.hohengarten@erzbistum-koeln.de

verantwortlich:

Dr. Peter Scharr

Erzbistum Köln | Generalvikariat

Hauptabteilung Seelsorge | Abteilung Bildung und Dialog

Marzellenstr. 32 | 50668 Köln

Text-/Bildnachweis:

Titelseite: Detail des Denkmals für die ermordeten Juden Europas; das Zitat von Adorno stammt aus dem Manuskript „Erziehung nach Auschwitz“ aus dem Jahr 1966, hier zitiert nach www.zeit.de/1993/01/erziehung-nach-auschwitz (Abruf 02.07.2019), einem auszugsweisen Nachdruck des Manuskripts

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	4
VERANSTALTUNGSANREGUNGEN	5
❖ Nie wieder:	
Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!	5
- Hintergrund/Anlass	5
- Anregungen für Veranstaltungen generell zum Imperativ „Nie wieder!“	5
▪ Nie wieder Auschwitz!	6
- Hintergrund/Anlass	6
- Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen, Strömungen und Organisationen	9
- Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Flucht, Asyl und Migration	10
- Anregungen für Veranstaltungen zur Beschäftigung mit dem Islam und zur Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit	12
- Anregungen für Veranstaltungen zur Beschäftigung mit dem Judentum und zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus	12
- Anregungen für Veranstaltungen zur Beschäftigung mit Frauenbildern, Familienbildern, und Geschlechterverhältnissen	13
- Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit Fragen von Identität und Heimat ...	13
- Anregungen für Veranstaltungen rund um eine „gute Praxis“ im Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen	14
- Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit wesentlichen Grundlagen unserer Demokratie	16
> <i>Die antirassistische Ausschlussklausel - ein Hinweis zur Veranstaltungsausschreibung</i>	21
▪ Nie wieder Krieg!	17
- Hintergrund/Anlass	17
- Anregungen für Veranstaltungen zur Etablierung einer gewaltfreien Politik	18
ANHANG	21
❖ Wie in der Kirche mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und der AfD umgehen	
- Literaturhinweise -	21

EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ihnen hier vorliegenden „PLANUNGSANREGUNGEN - Befreiung vom Nationalsozialismus, Ende des Zweiten Weltkriegs“ sind ein Auszug aus Anregungen, die ich für die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung im Erzbistum Köln zur Planung von Veranstaltungen der politischen Bildung im Jahr 2020 zusammengestellt habe. Die Planungsanregungen zur Befreiung vom Nationalsozialismus und zum Ende des 2. Weltkriegs haben hier – vereint unter der gemeinsamen programmatischen Überschrift „Nie wieder!“ – einen herausgehobenen Stellenwert. Dieser Stellenwert entspricht m.E. sowohl der zeitgeschichtlichen Bedeutung der Ereignisse vor 75 Jahren als auch den sich daraus für die Wahrung der Humanität ergebenden aktuellen Herausforderungen.

In der Originalversion sind die einzelnen Veranstaltungsanregungen mit Vorschlägen für mögliche Referentinnen oder Referenten verbunden, die in der Regel aus dem näheren regionalen Umfeld des Erzbistums Köln stammen. Wegen dieses regionalen Bezugs habe ich die Namen in dem hier liegenden Auszug entfernt.

Ich hoffe, dass die Planungsanregungen auch für Sie eine hilfreiche Unterstützung bei Ihren Überlegungen für Bildungsveranstaltungen rund um die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs“ sind.

Volker Hohengarten

Referent für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit im Generalvikariat des Erzbistums Köln

26. November 2019

VERANSTALTUNGSANREGUNGEN

NIE WIEDER!

Hintergrund/Anlass



Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin)

Foto: Volker Hohengarten / Erzbistum Köln

Im Jahr 2020 jährt sich die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Vor dem Hintergrund einer auf einer menschenverachtenden diktatorischen Ideologie quasi industriell durchgeführten Ermordung von Minderheiten, vor allem von Menschen jüdischen Glaubens, und angesichts von etwa 60 Millionen Opfern im Zweiten Weltkrieg bildeten sich zwei Maximen als Mindeststandards zur Bewahrung der Menschlichkeit heraus, die auf die Kurzformeln „Nie wieder Auschwitz!“ und „Nie wieder Krieg!“ gebracht wurden. Die verstärkte rechtliche Kodifizierung von vorstaatlichen Menschenrechten und die Etablierung eines freiheitlich demokratischen Staatswesens¹ sollten gewährleisten, dass „nie wieder Auschwitz“ sei, die europäische Integration und der Vorrang der Multilateralität auf der internationalen Ebene, dass „nie wieder Krieg“ sei.

Die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Einstellungen sowie das Wiedererstarken nationalistischen Denkens sowie die Abkehr von internationalen Verträgen und Verpflichtungen zeigt, dass täglich neu um die morali-

sche und politische Verpflichtung auf die Imperative „Nie wieder Auschwitz!“ und „Nie wieder Krieg!“ und deren praktische Konkretisierungen gerungen werden muss.

Es kommt also zum einen auf eine Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Strömungen und Organisationen sowie zugleich um eine Stärkung des Menschenrechtsethos und des demokratischen Gemeinwesens an, zum anderen um die Auseinandersetzung mit nationalistischen und unilateralistischen Bestrebungen sowie zugleich um die Stärkung der europäischen Integration, des multilateralen Denkens und Handelns sowie gewaltfreier Instrumente in der internationalen Politik. Auch Veranstaltungen des Gedenkens an Opfer des Nazi-Terrors sowie des Kriegs tragen der Intention „Nie wieder!“ in besonderer Weise Rechnung.

Anregungen für Veranstaltungen generell zum Imperativ „Nie wieder!“

Erinnern – sich immer wieder erinnern

Auch 75 Jahre nach der Befreiung vom Naziterror, auch 75 Jahre nach der Beendigung eines mörderischen Kriegs ist das Gedenken und die Erinnerung von Aktualität. Angesichts von zunehmenden Bestrebungen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren, bekommt das Erinnern und das Gedenken eine erneute Dringlichkeit. Der Respekt vor den Opfern verlangt das Erinnern und das Gedenken. Und das Erinnern und das Gedenken schärft das Bewusstsein dafür, dass eine Barbarei möglich ist und

¹ Hier wird auf die Entwicklung im Westen Deutschlands abgehoben. Im Osten Deutschlands sah man im Sozialismus die Garantie gegen einen Rückfall in den „Faschismus“ und einen kriegesischen Militarismus.

es nötig ist, bereits den Anfängen der Barbarbei zu wehren. Erinnern und Gedenken bleiben unverzichtbar, um die Menschlichkeit zu wahren.

Dass Auschwitz nicht noch einmal sei

„Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.“ Mit diesen Worten beginnt ein Radiovortrag von Theodor W. Adorno aus dem Jahr 1966. Die Befreiung des KZ Auschwitz vor 75 Jahren auf der einen Seite und zunehmende Tendenzen zur Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen auf der anderen Seite sind Anlass, sich mit diesem Text erneut auseinanderzusetzen.

Nie wieder Krieg!

Drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit 60 Millionen Toten stellte der Ökumenischen Rat der Kirchen in seiner Gründungsversammlung 1948 fest: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Diese Feststellung hat auch heute, 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nichts an seiner Offensichtlichkeit verloren. Zugleich ist es immer noch nicht gelungen, den Krieg aus der Welt zu schaffen. Den Krieg als Mittel der Konfliktaustragung durch gewaltfreie Wege der Konfliktregelung zu ersetzen, ist eine immer noch offene Aufgabe.

Nie wieder Auschwitz!

Hintergrund/Anlass

Angesichts der Barbareien des Nationalsozialismus erscheint die Forderung „Nie wieder Auschwitz!“ als offensichtlich und nicht weiter erklärungsbedürftig. Positiv bedeutet „Nie wieder Auschwitz!“, die Menschenwürde eines jeden Menschen zu schützen, die Anerkennung seiner Menschenrechte zu verteidigen, jeglicher Diskriminierung entgegenzutreten und die freiheitliche Demokratie mit Leben zu erfüllen. Aktuell gibt aber es zunehmende Tendenzen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren. Zudem ist ein Besorgnis erregendes Ausmaß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen zu beobachten. Damit werden auch die oben genannten Konsequenzen des Imperativs „Nie wieder Auschwitz!“ in Frage gestellt. Angesichts dessen, kommt es auf eine Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Strömungen und Organisationen sowie zugleich um eine Stärkung des Menschenrechtsethos und des demokratischen Gemeinwesens an. Auch Veranstaltungen des Gedenkens an Opfer des Nazi-Terrors tragen der Intention „Nie wieder Auschwitz!“ in besonderer Weise Rechnung.

Bei der Auseinandersetzung mit rechten Strömungen sollte zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus durchaus unterschieden werden. Im Rechtsextremismus wird die freiheitlich-demokratische Grundordnung explizit abgelehnt und stattdessen für eine autoritär regierte „Volksgemeinschaft“ votiert. Auch wird von einer Ungleichwertigkeit von Menschen auf Grund ihrer genetischen Prädisposition ausgegangen („Rassismus“). Rechtspopulistische Strömungen und Organisationen lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht per se ab, sie kritisieren die politischen Akteure und wollen verstärkt plebiszitäre Elemente berücksichtigt sehen. Rechtspopulismus ist nicht wie der Rechtsextremismus klassisch „rassistisch“. Im Rechtspopulismus wird vor einer kulturellen Ungleichheit der Gesellschaft (z.B. infolge einer „Islamisierung“ der Gesellschaft“) gewarnt. Hiermit ist eine Form der kulturellen Diskriminierung der „Ungleich“ verbunden; die „Ungleich“ könnten sich aber durch Assimilation der Gesellschaft anpassen.



Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas (Berlin)

Foto: Volker Hohengarten / Erzbistum Köln

Mit dem Rechtspopulismus ist, wenn auch nicht explizit, so doch implizit eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie und die ihr zugrundeliegenden Grund- und Menschenrechte verbunden. Im rechtspopulistischen Denken wird die Volkssouveränität höher bewertet als die verfassungsmäßig verbürgerten Grund- und Menschenrechte. Der „kulturelle Rassismus“ im rechtspopulistischen Denken erfordert eine Relativierung von Grund- und Menschenrechten,² insbesondere der freien Entfaltung der Persönlichkeit sowie der Religionsfreiheit. Darüber hinaus lässt sich in rechtspopulistischen Strömungen auch eine Relativierung der Pressefreiheit beobachten. Grund- und Menschenrechte sind allerdings keine beliebige Sammlung von zufälligen Rechten, sondern sind als Konkretionen der Menschenwürde als Einheit zu betrachten. Die Relativierung einzelner Menschenrechte ist also immer mit einer Relativierung und damit einer Gefährdung der Menschenwürde verbunden. Durch die Zweifel an der Unverfügbarkeit von Menschenrechten und die Kritik an gesellschaftlicher Pluralität unterminiert der Rechtspopulismus wesentliche Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie. Dies ist auch der Grund, weshalb in der konkreten politischen Praxis nicht immer eine klare Unterscheidung zwischen „rechtsextrem“ und „rechtspopulistisch“ möglich ist, wie sie theoretisch möglich ist. Praktisch können die Positionen verschwimmen und es kann zu nahtlosen Übergängen von rechtspopulistischen Positionen zu rechtsextremen, d.h. verfassungsfeindlichen Einstellungen kommen. Insofern ist die Auseinandersetzung auch mit rechtspopulistischen und nicht nur mit rechtsextremen Strömungen und Organisation vor dem Hintergrund der Maxime „Nie wieder Auschwitz!“ von Bedeutung. Angesichts dessen, dass rechtspopulistische Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind, kommt der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen sogar eine besondere Bedeutung zu.

Neben der Auseinandersetzung mit Gefährdungen von Menschenwürde und freiheitlicher Demokratie muss auch darum gehen, positiv zu einer Stärkung des Menschenrechtsethos und der Demokratie beizutragen.

Im Jahr 2019 hat das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz eine Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen veröffentlicht.³ Diese Arbeitshilfe soll Gemeinden, kirchlichen Verbänden und Gruppen dazu dienen, sich mit Phänomenen des Populismus auseinanderzusetzen, vor allem mit rechtspopulistischen Tendenzen, die derzeit in Deutschland und Europa eine besondere Herausforderung darstellen. Entstanden ist sie durch Beratungen in der Migrationskommission sowie der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz und der Deutschen Kommission Justitia et Pax sowie durch Vorarbeiten einer Autorengruppe unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen, Berlin). Die Arbeitshilfe möchte mit ihren Grundsatztexten zur Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten des Populismus anregen:

² Vgl. Video mit Marcel Lewandowsky zum Begriff Rechtspopulismus unter: <https://www.bpb.de/mediathek/246881/marcel-lewandowsky-zum-begriff-rechtspopulismus> (Abruf 12.07.2019).

³ Vgl. Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen (= Arbeitshilfe Nr. 30), hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2019; Download unter: https://www.dbk-shop.de/media/files_public/pudhpsvxdlfb/DBK_5305.pdf; Printexemplare sind zu bestellen unter: <https://www.dbk-shop.de/de/dem-populismus-widerstehen-arbeitshilfe-kirchlichen-umgang-rechtspopulistischen-tendenzen.html>.

- mit dem Phänomen des Populismus und dem Begriff „Volk“ im Rechtspopulismus,
- mit den Strategien und Inhalten rechtspopulistischer Bewegungen,
- mit den Fragen rund um Flucht und Asyl,
- mit Islam und Islamfeindlichkeit,
- mit Familienbildern, Frauenbildern und Geschlechterverhältnissen und
- mit Fragen von Identität und Heimat.

Zugleich möchte die Arbeitshilfe mit Beispielen „guter Praxis“ zu weiterem kirchlichen Engagement für den Schutz der Menschenwürde und gegen diskriminierende und menschenfeindliche Propaganda und Politik anstiften.

In der Gliederung der Veranstaltungsanregungen greife ich auf die Systematik der Arbeitshilfe zurück.

Im Jahr 2020 gibt es neben den großen Terminen zahlreiche weitere Termine, die Anknüpfungspunkte für die Planung von Veranstaltungen im Kontext des Imperativs „Nie wieder Auschwitz!“ bieten:

- 27.01.1945: Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz; der 27.01. ist Shoah-Gedenktag
- 08.-15.03.2020: Woche der Brüderlichkeit (Eröffnung in Dresden)
- 23.03.2000: Beginn der Entschädigung der Zwangsarbeiter/innen im Nationalsozialismus
- 30.04.1940: In Lodz entsteht das erste von über 50 Juden-Ghettos
- 08.05.1945: Bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Befreiung von der Nazidiktatur, Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa
- 10.05.2005: Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin
- 09.07.1940: Kirchliche Denkschrift gegen die Euthanasie
- 31.08.2015: Angela Merkel zum Flüchtlingszustrom: "Wir schaffen das."
- 09.09.2000: † Enver Simsek, erstes NSU-Mordopfer:
- 20.09.2005: † Simon Wiesenthal, österreich. Publizist, Schriftsteller, KZ-Überlebender
- 27.09.-04.10.2020: Interkulturelle Woche
- 03.10.2020: Tag des Flüchtlings im Rahmen der interkulturellen Woche
- 03.10.2020: Tag der offenen Moschee
- 03.11.2020: Präsidentschaftswahl in den USA
- 04.11.1950: Unterzeichnung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- 10.11.2000: Bundestag billigt Gesetz über homosexuelle Partnerschaften
- 20.11.1945: Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher eröffnet
- 24.11.1990 (oder 25.11.1990): Der Angolaner Amadeu Antonio wird in Eberswalde von jungen Neonazis erschlagen, erstes Opfer fremdenfeindlicher Gewalt nach der Wiedervereinigung
- 10.12.2020: Internationaler Tag der Menschenrechte

Folgende Termine sind geeignet, um an konkrete Personen zu erinnern:

- 22.01.1945: † Joseph Roth, Märtyrer des Erzbistums Köln
- 23.01.1945: † Helmuth James Graf von Moltke (Hinrichtung in Plötzensee)
- Febr./März 1945: † Anne Frank (Ermordung in Auschwitz)
- 02.02.1945: † Carl Friedrich Goerdeler (Hinrichtung in Plötzensee)
- 13.02.1945: † Pfr. Franz Boehm, Märtyrer des Erzbistums Köln
- 21.03.1945: † Dr. Johannes Maria Verweyen, Märtyrer des Erzbistums Köln
- 04.04.1945: † Vikar Heinrich Richter, Märtyrer des Erzbistums Köln
- 09.04.1945: Attentäter des 20. Juli werden hingerichtet
- 09.04.1945: † Georg Elser hingerichtet
- 09.04.1945: † Dietrich Bonhoeffer, Mitgründer der "Bekennenden Kirche", Widerstandskämpfer
- 26.04.1945: † Heinrich Körner, Märtyrer des Erzbistums Köln
- 13.06.1945: † Randolph von Breidbach-Bürresheim, Märtyrer des Erzbistums Köln
- 01.11.1945: † Pater Rupert Mayer SJ, Widerstandskämpfer

Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen, Strömungen und Organisationen⁴

Was ist rechtsextrem? Was ist rechtspopulistisch?

In der aktuellen Diskussion um Pegida, AfD und flüchtlingsfeindliche Kundgebungen werden die jeweiligen Positionen schnell undifferenziert als rechtsextrem bezeichnet. Hiermit wird eine differenzierte Auseinandersetzung und Argumentation mit den jeweiligen Positionen erschwert. Was aber ist „rechtsextrem“, was „rechtspopulistisch“? In der aktuellen Diskussionslage ist es hilfreich, unterschiedliche Phänomene in der Sache und auch begrifflich zu unterscheiden. Erst auf der Basis einer klaren Analyse kann die Frage beantwortet werden, welche Gefahren vom Rechtsextremismus und welche Gefahren vom Rechtspopulismus ausgehen und wie ihnen angemessen begegnet werden kann.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen vor Ort

Ziel dieser Veranstaltung ist, einen Überblick über die vor Ort aktiven rechtsextremen sowie rechtspopulistischen Organisationen sowie ihre Positionen und Strategien zu gewinnen. Darauf aufbauend werden Argumentations- und Aktionshilfen gegen diese Organisationen erarbeitet.

Was ist Rechtspopulismus?

Die AfD wird durchweg als rechtspopulistische Partei charakterisiert – so wie andere Parteien mit ähnlicher politischer Ausrichtung in den europäischen Nachbarländern. Aber was macht Rechtspopulismus eigentlich aus? Wer sympathisiert aus welchen Gründen mit rechtspopulistischen Positionen? Ist Rechtspopulismus eine Gefahr für unsere Demokratie?

Rechtspopulismus im Lichte christlicher Sozialethik

Ist der Rechtspopulismus in der Gestalt der AfD mit der katholischen Soziallehre zu vereinbaren? Dieser Frage geht die Studie „Grundpositionen der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ und der katholischen Soziallehre im Vergleich“ nach. Die Studie ist vom Institut für Christliche Sozialwissenschaften an Universität Münster und dem Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft an der Hochschule für Philosophie München im Juni 2017 vorgelegt worden. In dieser Veranstaltung werden die Ergebnisse der Studie vorgestellt und diskutiert.



Rechtsextreme Einstellungen in kirchlichen Kreisen

Rechtsextreme Einstellungen reichen bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“. Inwieweit erreicht es kirchliche Kreise? Gibt es hier eine besondere Anfälligkeit? Inwieweit sind Christinnen und Christen besonderes Ziel rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Propaganda?

Rechtsextremismus im Internet – Tipps für Eltern

So schützen Sie Ihr Kind gegen rechtsextremistische Inhalte im Internet⁵

⁴ Weitere Veranstaltungsanregungen ergeben sich aus dem Veranstaltungsprogramm der Evangelischen Erwachsenenbildung Nordrhein „Wo stehst Du?! Bildung gegen Rechts - Veranstaltungen der Zweigstellen der eeb Nordrhein 1. Halbjahr 2019“: Download unter: www.eeb-nordrhein.de/fileadmin/user_upload/downloads/alles_andere/Progr_gegenrechts_online.pdf (Abruf 21.08.2019)

⁵ S. die Broschüre zum Thema unter: <http://www.klicksafe.de/service/materialien/broschueren-ratgeber/rechtsextremismus-im-internet-tipps-fuer-eltern/>.

Erziehung prägt Gesinnung**Wie der weltweite Rechtsruck entstehen konnte - und wie wir ihn aufhalten können**

Der bekannte Kinderarzt Dr. Herbert Renz-Polster vertritt die These, dass sich der weltweite Rechtsruck nicht allein aus politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erklären lässt. Wer den autoritären Populismus verstehen will, muss nach Auffassung von Renz-Polster dorthin schauen, wo aus kleinen Menschen große Menschen werden - auf die Kindheit. In jedem, der nach Abgrenzung, Härte und neuen Autoritäten schreit, sieht Renz-Polster ein verunsichertes, in seinem Drang nach menschlicher Anerkennung allein gelassenes Kind. Ein bestimmter autoritärer Erziehungsstil gehe in allen Kulturen mit Anfälligkeit für populistische Botschaften einher. Wer rechte Tendenzen verstehen und verhindern wolle, der müsse eben doch auf die unglückliche Kindheit schauen. Renz-Polster zieht die Schlussfolgerung: Das Familienklima von heute wird das politische Klima von morgen sein.

Verschörungstheorien:**Mitreißende Wahrheiten als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Verschörungstheorien sind zwar nicht konstitutiver Bestandteil rechtsextremen und rechtspopulistischen Denkens. Doch neigen Menschen, die Verschörungstheorien anhängen, auch zu rechtem Gedankengut. Die Veranstaltung geht den psychologischen Hintergründen von Verschörungstheorien nach, betrachtet die Implikationen für die politische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fragt nach Möglichkeiten, Verschörungsdenken zu begegnen.

Wie in Stein gemeißelt: die Anerkennung von Menschenwürde und Grund- und Menschenrechten

Die Erfahrung der barbarischen nationalsozialistischen Diktatur hat schon 1948 dazu geführt, mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte staatlicherseits unantastbare in der Würde der Person begründete Menschenrechte völkerrechtlich anzuerkennen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben die Anerkennung der Menschenwürde und der Grund- und Menschenrechte zum Dreh- und Angelpunkt unserer Verfassung gemacht und dafür gesorgt, dass dies nicht geändert werden kann: Eine historische Errungenschaft, hinter die es kein Zurück gibt.

Die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte – Dreh- und Angelpunkt des Grundgesetzes**Ein Radio-/Videoprojekt**

Die Grund- und Menschenrechte sind Dreh- und Angelpunkt unseres Grundgesetzes. Welche Bedeutung haben die Grund- und Menschenrechte für die Menschen in Deutschland? Ein Radio-/Videoprojekt

Anregungen für Veranstaltungen**zur Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Flucht, Asyl und Migration**

Rechtspopulistische Organisationen instrumentalisieren das Thema Migration für ihre Zwecke. Daher ist es sinnvoll, sich nicht nur mit den rechtspopulistischen Kampagnen zur Aushebelung der Menschenrechte Asyl und Religionsfreiheit auseinanderzusetzen, sondern sich auch intensiv mit dem Phänomen der Migration und seinen Implikationen für die Multikulturalität und Multireligiösität zu befassen.

Faktencheck Asyl und Zuwanderung

Die Diskussion um Asyl und Zuwanderung wird häufig sehr emotional geführt, ohne sich mit den Fakten befassen zu haben. Diese Veranstaltung informiert über die aktuellen Tatsachen: Wer kommt wie woher nach Deutschland? Wer hat welchen Aufenthaltsstatus? Welche Rechte und Pflichten sind diesem Aufenthaltsstatus verbunden?

Menschenrecht Asyl – Eine Ausstellung über Flucht und Asyl

Warum fliehen Menschen? Welchen Gefahren sind sie ausgesetzt? Welche Wege müssen sie beschreiten, welche Hindernisse überwinden? Wo und unter welchen Umständen finden sie Schutz? Dies sind die grundlegenden Fragen, zu denen die Ausstellung „Asyl ist Menschenrecht“ von Pro Asyl Informatio-

nen gibt. In vielen Teilen der Welt werden Menschen Opfer von Krieg, Gewalt und Verfolgung, von Diskriminierung, Not und Perspektivlosigkeit. Gegenwärtig sind über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als je zuvor. Darunter befinden sich viele, die besonders verletzlich sind: Kinder, Schwangere, Alte



und Kranke. Angesichts dessen ist es wichtig, die Hintergründe und Zusammenhänge zu verstehen: Wie ist die Situation in den Kriegs- und Krisengebieten, was geschieht entlang der Fluchtrouten, wie reagiert die Europäische Union, wie verhalten sich die einzelnen Mitgliedsstaaten? Weitere Fragestellungen drehen sich um die Aufnahmebedingungen und Perspektiven für Flüchtlinge in Deutschland, die Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und leider auch die Konfrontation mit der gefährlich anwachsenden rassistischen Hetze und Gewalt. Die Ausstellung bezieht deutlich Position für

die Menschen- und Flüchtlingsrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde und darauf, Schutz vor Verfolgung zu finden.⁶

Gegen Fremdenfeindlichkeit - dem Populismus widerstehen

Die im Sommer 2019 vorgestellte Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz „Dem Populismus widerstehen“ verfolgt u.a. das Ziel, Mut zu machen, gerade angesichts aktueller Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit, sich weiterhin engagiert für Flüchtlinge und deren Integration einzusetzen. Neben der Auseinandersetzung mit diesem Text wird es an dem Abend auch um die psychologischen Hintergründe von Fremdenfeindlichkeit gehen. Diese zu verstehen, ist wichtig, um ein offenes gesellschaftliches Klima für Integration weiterhin zu fördern.

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerks Rhein-Erft-Kreis in Erftstadt am 13.11.2019)

Ein Besuch bei DOMiD

Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) in Köln verleiht Ausstellungen⁷, bietet Führungen zur Geschichte der Migration in Deutschland im Museum sowie in Köln an und vermittelt Referentinnen und Referenten für Vorträge. Das Dokumentationszentrum und Museum besticht besonders mit einer Sammlung an Gegenständen, die viel über das Leben von Einwanderern und Immigrantinnen berichten können.

Stadtteilfehrungen und Fototouren

Wie hat Einwanderung unser Stadtbild verändert? Mit einer geführten Tour durch die Stadt wird Multikulturalität sichtbar. Oft bietet sich auch eine Fototour an, mit der die Teilnehmenden selbst auf Entdeckungstour gehen. Die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen und Initiativen bietet zudem die Möglichkeit, Orte des täglichen Lebens von Zuwanderinnen und Zuwandern zu entdecken.

Lebende Bibliothek (Living Library)

Die Lebende Bibliothek ist ein Begegnungsformat, bei dem die Möglichkeit besteht, Menschen kennenzulernen, mit denen die Teilnehmenden in ihrem vertrauten Lebensumfeld wahrscheinlich nicht in Kontakt kommen würden. Im geschützten Rahmen einer solchen Begegnung können Menschen diese Personen („Bücher“) kennenlernen, Fragen stellen und aus ihrem Leben erzählen lassen. Das Ziel dieser Begegnungen ist, Vertrautheit mit dem Fremden gewinnen und zu einem reflektierten Umgang mit Vorurteilen und Stereotypen führen.

⁶ Unter www.proasyl.de/wp-content/uploads/2016/09/PRO_ASYL_Asyl-ist-MR_Ausstellung_Web_klein_sep16.pdf findet sich eine pdf-Version der Ausstellung.

⁷ Mehr Informationen zu den ausleihbaren Fotoausstellungen von DOMiD finden sich unter: www.domid.org/de/ausleihbare-ausstellungen.

Arbeitsweise: Es gibt wie in jeder Bibliothek einen Katalog, in dem die einzelnen „Bücher“ aufgelistet sind. Hier ist eine bunte Mischung interessanter Menschen zusammengestellt, die aus eigener Erfahrung zu kontroversen und vorurteilsbehafteten Themen sprechen können. „Ausleiher“ und „Buch“ haben in einer Ausleihzeit von 30-45 Minuten Zeit, sich zusammenzusetzen, erzählen zu lassen und zu fragen. Eine lebendige Bibliothek kann im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen (Pfarrfest, Straßenfest), in geschlossenen Gruppen (Workshops, PGR-Wochenende, Fachtagungen), bei schulischen Anlässen oder themenbezogenen Workshops zusammengestellt und angeboten werden.

„Leitkultur“ oder Grundgesetz

Was ist die Basis der Gesellschaft in Deutschland? Ist es eine „deutsche Leitkultur“ oder sind es die Werte des Grundgesetzes und die dort verbürgten demokratischen Verfahren? Die aktuelle Wertediskussion in der Integrationsdebatte bietet Anlass, dieses Thema einmal genauer zu durchleuchten.

Anregungen für Veranstaltungen

zur Beschäftigung mit dem Islam und zur Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit

Neben den unten genannten Veranstaltungen sind für die Beschäftigung mit dem Islam und für die Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit auch entsprechende religiös-theologische Bildungsveranstaltungen einschlägig. Begegnungsformate und die dialogische Behandlung eines gemeinsamen Themas haben eine große Bedeutung für die Überwindung von Vorurteilen.

Gehört der Islam zu Deutschland? Auseinandersetzung mit einer strittigen Frage

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerks Bonn am 28.09.2018 in Bonn)

Das Menschenrecht Religionsfreiheit in der multireligiösen Gesellschaft

Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt, UN-Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit, plädiert für einen aufgeklärten Multikulturalismus. Was bedeutet das in der aktuellen Situation im Blick auf das Menschenrecht Religionsfreiheit?

Anregungen für Veranstaltungen

zur Beschäftigung mit dem Judentum und zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus

Neben den unten genannten Veranstaltungen sind für die Beschäftigung mit dem Judentum und für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus auch entsprechende religiös-theologische Bildungsveranstaltungen einschlägig. Auch Begegnungsformate und die dialogische Behandlung eines gemeinsamen Themas spielen eine große Rolle. Wegen der geringen Zahl an Menschen jüdischen Glaubens sind Begegnungs- und Dialogformate schwerer zu realisieren, insbesondere an Orten und in Regionen, in denen es keine Synagoge gibt. Dieses Problem greift das Projekt „Rent a Jew“ (www.rentajew.org) auf, über das sich eine interessierte Gruppe einen Menschen jüdischen Glaubens für eine Begegnung „mieten“ kann.

Was ich schon immer einmal über das Judentum wissen wollte ...

In Deutschland gibt es heute nur noch 100.000 Menschen jüdischen Glauben. Dadurch kennen wenige einen Juden oder eine Jüdin persönlich. Um eine persönliche Begegnung zu ermöglichen, wurde von Jüdinnen und Juden das Projekt „Rent a Jew“ ins Leben gerufen. Über dieses Projekt konnten wir für diese Veranstaltung einen Menschen jüdischen Glaubens „mieten“. Lernen Sie das Judentum durch eine persönliche Begegnung kennen und fragen Sie alles, was Sie interessiert. Denn – so heißt es auf Internetseite von Rent a Jew – „im Judentum gibt es keine unverschämten Fragen.“

Antisemitismus

Tätliche Angriffe auf Juden sind nur die Spitze von antisemitischen Einstellungen in Deutschland. Welche Arten von antisemitischen Einstellungen gibt es? Wie zeigen sie sich? Und wie kann man ihnen begegnen?

Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit Familienbildern, Frauenbildern und Geschlechterverhältnissen

Populismus und Antifeminismus - Wie hält es die AfD mit den Frauen?

Familien- und Geschlechterpolitik sind feste Bestandteile des rechtspopulistischen Spektrums. Oberflächlich betrachtet stehen die dort verorteten Parteien für die selbstverständliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Näher betrachtet vertreten sie jedoch ein anti-feministisches und rückwärts-gewandtes Frauenbild. 'Gender' wird als diffuses Feindbild gezeichnet und zu einer existenziellen Bedrohung überhöht. Mit Dr. Maren Behrens stellen wir die Frage nach dem rechtspopulistischen Gesellschaftsbild und lernen das Frauen- und Familienbild sowie Erziehungsideale populistischer Gruppierungen kennen.

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerks Leverkusen am 08.10.2019 in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring, Leverkusen, und der Marienschule Opladen)

Reizwort Gender: Ein Einfallstor für rechts außen

Neu-rechte Strömungen versuchen für den Begriff „Gender“ die Deutungshoheit zu übernehmen und diffamieren Fragen und Positionen zum Thema Geschlechterverhältnis und -gerechtigkeit mit Begriffen wie „Genderismus“ oder gar „Genderwahn“. Gleichzeitig ist in Teilen der Gesellschaft ein Rollback bei Fragen zum Geschlechterverhältnis zu beobachten. Auf diesem Fachtag wird analysiert, wie die Neue Rechte mit diesem Thema bei Menschen in den beiden großen Kirchen andockt und sich Raum schafft, und wie sich die Kirchen dazu positionieren und wehren können.

(Eine Veranstaltung der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, des Amtes für Jugendarbeit der ELKB, der Evangelischen Männerarbeit in Bayern, des forum frauen im Amt für Gemeindedienst der ELKB, des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) Landesverband Bayern e.V., des Kompetenzzentrums Demokratie und Menschenwürde, Projektstelle gegen Rechtsextremismus, des Referats für Chancengleichheit der ELKB in Nürnberg am 09.12.2019)

Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit Fragen von Identität und Heimat⁸

Welche Werte leben? Leitkultur und Zuwanderungsgesellschaft

Die Zuwanderung nach Deutschland löste eine Debatte über eine mögliche oder vermeintliche Bedrohung sowohl des eigenen Wohlstandes als auch der eigenen Wertvorstellungen und der damit verbundenen Lebensweise aus. Diese Debatte mündet z.T. in der Forderung, die Zuwanderer auf die Anerkennung einer „deutschen Leitkultur“ zu verpflichten. Wie diese Leitkultur präzise zu charakterisieren sei, ist ebenso offen wie die Frage, welche Verhaltensregeln - so etwa ‚deutscher‘ Händedruck und ‚deutscher‘ Leistungswille - daraus als verbindlich abgebildet werden könnten. Deutschland ist ein demokratischer, säkularer Verfassungsstaat, in dessen Grundgesetz die Wertvorstellungen der europäischen Aufklärung und der allgemeinen Menschenrechte, die leidvollen Erfahrungen der deutschen Geschichte und die Anforderungen an Mitglieder einer offenen, pluralen Gesellschaft ihren gemeinsamen Ausdruck finden: Die Grundrechte, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sehen mit gutem Grund weder eine Verpflichtung der deutschen Staatsbürger noch der in Deutschland lebenden Zuwanderer auf eine „deutsche Leitkultur“ vor. Verlangt wird Gesetzestreue, nicht Gesinnungsgleichheit. Offene, demokratische Gesellschaften müssen die Frage beantworten, wie sie eine Balance von Fremdem und Eigenem, Gemeinwohl und

⁸ Für eine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung mit der Thematik verweise ich neben den Ausführungen in der Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz auf folgende Broschüre: Identität. Macht. Verletzung. Rassismuskritische theologische Perspektiven, herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, der Evangelischen Akademie zu Berlin und narrr - Netzwerk für antisemitismuskritische und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie, Berlin o.J. (Download: https://bagkr.de/wp-content/uploads/2019/02/Endfassung_identitaet_macht_verletzung_web.pdf, Abruf: 20.08.2019)

freier Entfaltung der Persönlichkeit, kulturellen Differenzen und Verfassungstreue herstellen und aufrechterhalten können.

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerks Wuppertal / Solingen / Remscheid am 04.12.2017 in Remscheid)

„Leitkultur“ oder Grundgesetz

Was ist die Basis der Gesellschaft in Deutschland? Ist es eine „deutsche Leitkultur“ oder sind es die Werte des Grundgesetzes und die dort verbürgten demokratischen Verfahren? Die aktuelle Wertediskussion in der Integrationsdebatte bietet Anlass, dieses Thema genauer zu durchleuchten.

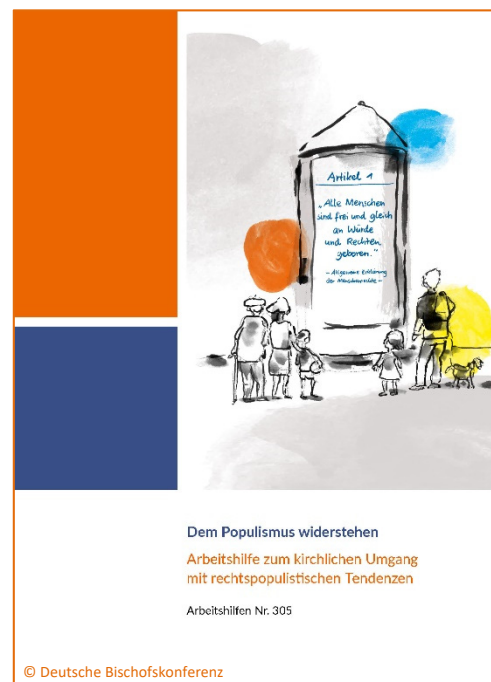
Anregungen für Veranstaltungen rund um eine „gute Praxis“ im Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen

„Dem Populismus widerstehen“

Auf der Basis der Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen⁹ wollen wir uns mit verschiedenen Aspekten von rechtspopulistischen Tendenzen auseinandersetzen:

- mit dem Phänomen des Populismus und dem Begriff „Volk“ im Rechtspopulismus,
- mit den Strategien und Inhalten rechtspopulistischer Bewegungen,
- mit den Fragen rund um Flucht und Asyl,
- mit Islam und Islamfeindlichkeit,
- mit Familienbildern, Frauenbildern und Geschlechterverhältnissen und
- mit Fragen von Identität und Heimat.

Auf dieser Basis wollen wir Maßnahmen entwickeln, wie wir in unserer Gemeinde „dem Populismus widerstehen“ können. Anregungen hierzu bieten die in der Arbeitshilfe genannten Beispiele „guter Praxis“ des kirchlichen Engagements für den Schutz der Menschenwürde und gegen diskriminierende und menschenfeindliche Propaganda und Politik.



Klare Position!

Umgang mit Positionen zwischen Christentum und Rechtspopulismus

ein Tagesseminar für Kirchliche Akteure vor Ort: Jugendverbände, pastorale Mitarbeitende, Engagementförderinnen und -förderer, Pfarrgemeinderat, Familienzentren, Caritas-Einrichtungen, Caritasbeauftragte¹⁰

Menschen(würde) schützen – christliche Gemeinden aktiv gegen Rechts

Wie Kirchengemeinden aktiv gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Tendenzen in ihren eigenen Reihen und in ihrem sozialen Umfeld vorgehen können.

Katholisch aktiv gegen Rechts: „Global Village: Weltort Lennep“

Dem von der Katholischen Pfarrgemeinde St. Bonaventura und Hl. Kreuz in Remscheid-Lennep initiierten Projekt „Global Village: Weltort Lennep“ ist 2019 der Katholische Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und

⁹ Download s. Fußnote 3. Die Verwendung des Covers der Broschüre für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung muss in der Presseabteilung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz angefragt werden.

¹⁰ Ausführliche Veranstaltungsausschreibung auf Anfrage bei Volker Hohengarten (Kontaktdaten s. Impressum auf Seite 2).

Rassismus verliehen worden. Mitglieder der Initiative stellen ihr preisgekröntes vom christlichen Glauben getragenes Engagement vor.¹¹

Interreligiös aktiv gegen Rechts: „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“

Die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) und der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) wurden für ihre gemeinsame Initiative „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“ beim Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus 2019 mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. Die Projektmitarbeiterinnen stellen das preisgekrönte interreligiöse Engagement vor.¹²

Menschen(würde) schützen – Christinnen und Christen aktiv gegen Rechts:

Pater Oliver Potschien O.Praem. und das Sozialpastorale Zentrum Petershof in Duisburg-Marxloh

Inmitten von Duisburg-Marxloh, eines Stadtteils, der in der öffentlichen Diskussion meist als sozialer Brennpunkt wahrgenommen wird, leisten Pater Oliver Potschien und sein Sozialpastorales Zentrum einen wegweisenden Beitrag für das Zusammenleben von Menschen verschiedener kultureller und religiöser Prägungen. Für diesen Einsatz erhielten er und sein Zentrum 2015 den „Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“¹³.

Katholisch aktiv gegen Rechts: „Sach wat! Tacheles für Toleranz“

Das vom Diözesan-Caritasverband Essen initiierte Projekt „Sach wat! Tacheles für Toleranz“ hat sich zur Aufgabe gemacht, auf der Basis des christlichen Menschenbildes innovative Strategien gegen fremdenfeindliche Parolen zu entwickeln. Nicht nur mit regelmäßigen Argumentationstrainings für Haupt- und Ehrenamtliche, sondern auch mit einer „Kneipentour“, die das Problem dort angeht, wo es häufig entsteht: an den Stammtischen. An mehreren Abenden stellte das Schauspieler-Duo Jürgen Albrecht und Karin Kettling in Ruhrgebietskneipen Stammtischgespräche nach und entwickelte mit den Gästen Gegenstrategien.¹⁴ Das Projekt hat 2019 den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erhalten.

Argumentationstraining gegen rechte Parolen

Wie Sie rechten Parolen wirksam entgegentreten können.

Für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat

Ein Rundgespräch mit vielen (lokalen) Perspektiven

Unsere freiheitliche Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Angesichts von Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt hat sich 2016 ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis gebildet, die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat“¹⁵. Zu dem Bündnis gehören neben der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Deutsche Kulturrat, der Koordinationsrat der Muslime, der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Olympische Sportbund sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Wie kann dieses Bündnis die Grundlagen und Voraussetzungen der freiheitlichen Demokratie stärken und Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt entgegenwirken?

Love Storm gegen Shit Storm:

Effektiv auf Hasskommentare in Social Media reagieren

In diesem Training werden Interessierten wirksame Strategien und Ansätze vermittelt, um auf Hasskommentare in Social Media zu reagieren. Auf verbale Gewalt reagiert das menschliche Hirn instinktiv mit

¹¹ Mehr unter: <https://gemeinden.erzbistum-koeln.de/lotsenpunkt-lennep/Projekte/Global-Village-Weltort-Lennep/>.

¹² Mehr unter: <http://www.projekt-tacheles.de/>.

¹³ Mehr unter: <http://www.peter-und-paul-marxloh.de/>.

¹⁴ Mehr zum Projekt unter: <https://www.caritas-essen.de/aktuelles/projekte/sachwat/sachwat> sowie unter: www.dbk.de/themen/auszeichnungen-der-deutschen-bischofskonferenz/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit-und-rassismus/preistraeger-2017/.

¹⁵ Mehr unter www.allianz-fuer-weltoffenheit.de/.

Flucht, Angriff oder Erstarrung, deshalb reicht kognitive Wissensvermittlung alleine nicht aus. Damit hilfreiche Auswege und Reaktionen tief genug verankert werden um in einer stressigen Angriffssituation abrufbar zu sein, müssen diese vorher erprobt und emotional erfahren werden. Im Kern des Trainings steht daher ein interaktives Rollenspiel, in dem die Teilnehmenden in die Rollen von Angreifenden, Angegriffenen, Eingreifenden und Zuschauenden schlüpfen. Dafür schaffen wir einen sicherem Raum, in dem die Teilnehmer/innen sich ausprobieren können.¹⁶

Technische Voraussetzungen: stabiles WLAN (ca. 16MBit), möglichst 1 Endgerät pro Teilnehmer/in

Anregungen für Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit wesentlichen Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie

Wie in Stein gemeißelt: die Anerkennung von Menschenwürde und Grund- und Menschenrechten

Die Erfahrung der barbarischen nationalsozialistischen Diktatur hat schon 1948 dazu geführt, mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte staatlicherseits unantastbare in der Würde der Person begründete Menschenrechte anzuerkennen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben die die Anerkennung der Menschenwürde und der Grund- und Menschenrechte zum Dreh- und Angelpunkt unserer Verfassung gemacht und dafür gesorgt, dass dies nicht geändert werden kann: Eine historische Errungenschaft, hinter die es kein Zurück gibt und die beständig weiterentwickelt werden muss.

Die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte – Dreh- und Angelpunkt des Grundgesetzes Ein Radio-/Videoprojekt

Die Grund- und Menschenrechte sind Dreh- und Angelpunkt unseres Grundgesetzes. Welche Bedeutung haben die Grund- und Menschenrechte für die Menschen in Deutschland? Ein Radio-/Videoprojekt

„Antirassistische Ausschlussklausel“ – ein Hinweis zur Veranstaltungsausschreibung

Falls Sie davon ausgehen, dass Ihre Veranstaltungen von Personen (aus Organisationen) mit menschenfeindlichen und/oder rechtsextremen Einstellungen aufgesucht werden, können Sie die Einladungen zur Ihren Veranstaltungen mit der sogenannten antirassistischen Ausschlussklausel versehen:

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Haben Sie den Ausschluss nach Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes in allen öffentlichen Einladungen und Werbemaßnahmen angekündigt, kann die Versammlungsleitung den ausgeschlossenen Personen verweigern, an der Veranstaltung teilzunehmen und den Ausschluss nötigenfalls mit Hilfe der Polizei durchsetzen.¹⁷

Bei der „antirassistischen Ausschlussklausel“ handelt es sich nicht um eine undemokratische oder gar unchristliche Gesprächsverweigerung, sie ist im Sinne von Kardinal Woelki als eine demokratische Notwendigkeit und ein Erfordernis christlicher Weltverantwortung zu betrachten. Unsere Demokratie beruht ja inhaltlich auf der Achtung der Menschenwürde und der Anerkennung der Menschenrechte. Und die christliche Weltverantwortung findet ihren Ausdruck insbesondere im entschiedenen Eintreten für Menschenwürde und Menschenrechte.¹⁸

¹⁶ Weitere Informationen zu love-storm unter www.love-storm.de, mehr Informationen zu den Trainingsformaten unter: <https://love-storm.de/lernen/>.

¹⁷ Die Ausschlussklausel ist 2005 von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ gemeinsam mit dem „Kulturbüro Sachsen“ und Anwältinnen und Anwälten entwickelt worden. Mehr zum Hintergrund und zu den Wirkungen der Ausschlussklausel finden Sie unter www.mbr-berlin.de/angebote/beratung/best-practise-2/.

¹⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang die Kolumne von Kardinal Woelki im Stern „Deswegen sind Kirchen gegen Rechtspopulismus“ vom 16. Oktober 2016 (www.stern.de/panorama/rainer-maria-kardinal-woelki/kardinal-woelki--deswegen-sind-kirchen-gegen-rechtspopulismus-7103080.html, Abruf 30. Januar 2017), ausführlicher: Rainer Maria Woelki, Entschieden für Menschenwürde und Menschenrechte. Zur kirchlichen Haltung gegen Rechtspopulismus, in: Stefan Orth / Volker Resing (Hg.), AfD. Pegida und Co. Angriff auf die Religion? Freiburg i.Br.: Herder, 2017, S. 181-189 mit Endnoten S. 200f.

Nie wieder Krieg!

Hintergrund/Anlass

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte ein weiterer Krieg in Europa durch eine Verflechtung der Staaten untereinander praktisch unmöglich gemacht werden. Die Europäische Integration war in seinem Kern als Friedensprojekt gedacht. Zugleich ging es auch um die Wahrung der Menschenwürde durch die Etablierung der Menschenrechte als gemeinsamer europäischer Werte- und Rechtsgrundlage. Diese europäische Idee ist nach wie vor hoch relevant. Angesichts der tiefsten Krise der Europäischen Union seit ihrem Bestehen mit dem (bevorstehenden) Brexit, der Renaissance nationaler Egoismen und der Abschottung Europas nach außen muss sich Europa als Friedensprojekt bewähren.

Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern global nehmen nationale Egoismen zu und bedrohen global internationale Vereinbarungen. Hier sei nur an den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA und durch Russland erinnert. Auf der Ebene der internationalen Politik nehmen mit den nationalen Egoismen auch das Misstrauen gegenüber Dialog und Zusammenarbeit und die Rüstungsanstrengungen zu. Hiermit steigt das Risiko gewaltförmiger, d.h. kriegerischer Auseinandersetzungen bis hin zum Einsatz atomarer Waffen.

Die kirchliche Friedenslehre hingegen „versteht es als höchstes Ziel der Friedenspolitik, eine Weltordnung zu schaffen, in der Krieg als Mittel der Konfliktaustragung durch gewaltfreie Wege der Konfliktregelung ersetzt wird.“¹⁹ Papst Franziskus hatte es in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2017 so zuge-spitzt: „Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in



Foto: © Erzbistum Freiburg, https://www.ebfr.de/html/content/frieden_versehnung.html

allen ihren Formen sein. [...] Wahre Jünger Jesu zu sein bedeutet heute, auch seinem Vorschlag der Gewaltfreiheit nachzukommen.“²⁰ Den Krieg als Mittel der Konfliktaustragung durch gewaltfreie Wege der Konfliktregelung zu ersetzen und Gewaltfreiheit zum Stil der Politik zu machen und Frieden zu leben, ist eine immer noch offene Aufgabe.

An die Herausforderung, Frieden täglich zu leben, knüpfen auch die katholischen Hilfswerke an, indem sie ihre Kampagnen im Kirchenjahr 2019/2020 unter das gemein-

same Leitwort „Frieden leben. Partner für die Eine Welt“ stellen.²¹ Hiermit machen sie deutlich, dass sowohl die Gewährleistung der internationalen Gerechtigkeit als auch die Bewahrung der Schöpfung notwendige Voraussetzung für den Frieden sind. Insofern sind auch Veranstaltungen zu den Themenkomplexen „internationale Gerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit / Bewahrung der Schöpfung“ im Kontext des Imperativs „Nie wieder Krieg!“ relevant.

Im Jahr 2020 gibt es neben den großen Terminen zahlreiche weitere Termine, die Anlässe oder Anknüpfungspunkte für die Planung von Veranstaltungen im Kontext des Imperativs „Nie wieder Krieg!“ bieten:

¹⁹ Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung, Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax vom 17.06.2019 (Download: www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/data/20190618_pm_atomwaffen_erklaerung_vorstand.pdf, Abruf: 19.08.2019)

²⁰ Gewaltfreiheit: Stil einer Politik für den Frieden, Botschaft von Papst Franziskus zur Feier des Weltfriedenstag 01.01.2017 (Download: http://w2.vatican.va/content/francesco/de/messages/peace/documents/papa-francesco_20161208_messaggio-l-giornata-mondiale-pace-2017.html, Abruf zuletzt 19.08.2019)

²¹ Mehr Informationen unter: <https://weltkirche.katholisch.de/Engagieren/Bildungsarbeit/Jahresthema-Frieden>.

- 05.03.1970: Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen tritt in Kraft
- 29.03.2020: Misereor-Sonntag - Leitthema: Frieden leben. Partner für die Eine Welt
- 08.05.1945: Bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Befreiung von der Nazidiktatur, Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa
- 09.05.1950: Schuman-Plan zur gemeinsamen Kontrolle der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion vorgestellt (eine Wurzel der europäischen Integration)
- 09.05.2020: Europatag der Europäischen Union
- 31.05.2020: Abschluss Renovabis-Pfingstaktion, Leitthema: Frieden leben. Partner für die Eine Welt
- 26.06.1945: Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet
- 06.08.1945: Erster Atombombenabwurf (auf Hiroshima)
- 09.08.1945: Atombombe auf Nagasaki
- 12.08.1970: Unterzeichnung des Moskauer Vertrags über Gewaltverzicht und Kooperation
- 02.09.1945: Japanische Kapitulationserklärung, weltweites Ende des Zweiten Weltkriegs
- 27.09.2000: Hirtenwort "Gerechter Friede" der Deutschen Bischofskonferenz
- 02.10.2020: Internationaler Tag der Gewaltfreiheit
- 18.10.1945: Internationaler Gerichtshof tritt zusammen
- 18.10.2020: Sonntag der Weltmission, Leitthema: Frieden leben. Partner für die Eine Welt
- 24.10.1945: UN-Charta tritt in Kraft (> 24.10. Tag der Vereinten Nationen)
- 19.11.1990: NATO und Warschauer Pakt erklären Gewaltverzicht
- 21.11.1990: KSZE-Staaten unterzeichnen Pariser Charta für ein neues Europa

Anregungen für Veranstaltungen zur Etablierung einer gewaltfreien Politik

Aktive Gewaltfreiheit als Lebensstil: Eine Auseinandersetzung mit der kirchlichen Friedensethik

Kann in einer Welt voller Gewalt Gewaltfreiheit die Maxime sein? Oder muss gerade in einer Welt der Gewalt Gewaltfreiheit die Maxime sein? Papst Franziskus hat hierzu in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2017 klar und deutlich Position bezogen: „Machen wir die aktive Gewaltfreiheit zu unserem Lebensstil. [...] Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein.“

Die Herrschaft des Rechts statt des „Rechts des Stärkeren“

Frieden wird auf nationaler Ebene durch die Herrschaft des Rechts und das staatliche Gewaltmonopol gewährleistet. Was auf nationaler Ebene als selbstverständlich gilt, ist auf internationaler Ebene noch zu erringen. Zwar spielen das Völkerrecht und internationale Organisationen wie z.B. die KSZE oder Vereinten Nationen bereits eine große Rolle bei der gewaltfreien Regelung internationaler Konflikte, doch auf internationaler Ebene kann nicht von einer Herrschaft des Rechts gesprochen werden, ein internationales Gewaltmonopol ist nicht gegeben. Die Veranstaltung betrachtet die Bedeutung des Völkerrechts und von Systemen der kollektiven Sicherheit für die Abschaffung des Kriegs als Mittel der Konfliktaustragung.

Gewaltfreiheit angesichts kriegerischer und terroristischer Gewalt

„Man kann doch nicht tatenlos zusehen, wie Menschen Opfer kriegerischer oder terroristischer Gewalt werden.“ Aus dieser berechtigten Forderung wird häufig unmittelbar gefolgert, dass militärische Gewalt gegen terroristische Organisationen und aggressive Bürgerkriegsparteien oder Staaten eingesetzt werden müsse. In letzter Zeit wachsen die Zweifel, dass mit diesen Mitteln tatsächlich die erhofften Ziele erreicht werden können. Sowohl auf Grund dieser Zweifel als auch auf Grund ethischer Überlegungen drängt sich die Frage nach den Möglichkeiten von gewaltfreien Strategien angesichts kriegerischer und terroristischer Gewalt auf. In dieser Veranstaltung werden solche Möglichkeiten vorgestellt und Beispiele ihrer Anwendung in aktuellen Konfliktlagen gegeben.

Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Seit der US-Präsidentenwahl 2016 sieht sich Europa der Forderung gegenüber, wesentlich mehr eigene Verantwortung für die Gewährleistung seiner Sicherheit zu übernehmen. In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob Deutschland - wie gegenüber der NATO versprochen - seine Militärausgaben bis zum Jahr 2024 auf 2 % unserer Wirtschaftsleistung, also auf über 60 Mrd. Euro pro Jahr erhöht. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass die Androhung und der Einsatz von Gewalt in Europa, Afrika und Asien stets noch mehr Gewalt hervorbringt. Längst sind Alternativen zu militärischer Sicherheitspolitik entwickelt und erprobt, mit denen wir auf ganz andere Art Sicherheit gewinnen können. Die Evangelische Landeskirche in Baden hat ein Szenario zum kompletten Umstieg von der militärischen zu ziviler Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 entwickelt. Dieses lädt dazu ein, eine Zukunft zu denken, in der wir pro Jahr als NATO-Mitglied 60 Mrd. Euro in die zivile Krisenprävention und nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten investieren würden. Dieses Szenario wird an diesem Abend vorgestellt.

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerks Köln am 12.12.2017 in Kooperation mit Pax Christi und dem Forum Ziviler Friedensdienst e.V.)

Frieden schaffen – von unten

Frieden ist nicht nur eine Aufgabe der großen Politik, Frieden kann auch von unten wachsen. Darauf machen die katholischen Hilfswerke Adveniat, das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“, Misereor, Renovabis und Missio gemeinsam mit der Konferenz der Diözesanverantwortlichen Weltkirche im Kirchenjahr 2019/2020 aufmerksam. Unter dem Motto „Frieden leben. Partner für die Eine Welt“ ist das Themenfeld Frieden Inhalt ihrer jeweiligen Kampagnen. Sie machen dadurch das weltweite Friedensnetz, zu dem auch sie gehören, sichtbar und stärken es. Internationale Gäste der verschiedenen Hilfswerke werden im Laufe des Jahres in allen Diözesen Deutschlands unterwegs sein und ihre Friedens- und Versöhnungsarbeit vorstellen. Sie freuen sich auf Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aus Kirche und Politik und auf Begegnungen mit Gruppen, die sich in der Zivilgesellschaft auf unterschiedliche Weise für Frieden einsetzen. So wird auch diese Veranstaltung zur Stärkung eines weltweiten Friedensnetzes beitragen.

Atomwaffen ächten und aus der Welt schaffen

in Hiroshima und Nagasaki wurden mit Atomwaffen auf einen Schlag mehrere 10.000 Menschen getötet und verheerende Verwüstungen angerichtet. 75 Jahre danach ist es an der Zeit, die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen. Mit dem internationalen Abkommen zum Verbot von Atomwaffen aus dem Jahr 2017 ist ein erster Schritt dazu gemacht. Auch der Vatikan ist dem Abkommen beigetreten und hat damit seine Ablehnung von Atomwaffen deutlich gemacht. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat sich dieser Position 2019 angeschlossen.

Den Opfern ein Gesicht geben – Stoppt den Waffenhandel

Deutschland zählt neben den USA und Russland zu den weltweit größten Waffenexporteuren. Waffen werden nicht nur an Bündnispartner verkauft, sondern zu einem großen Teil an Staaten, in denen interne Gewaltkonflikte herrschen: Saudi-Arabien, Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Referent, Jürgen Grässlin, gilt als einer der bekanntesten deutschen Rüstungsgegner. Er wird von seinen Reisen in zahlreiche Länder berichten, in denen deutsche Waffen zum Einsatz kommen. 2011 wurde ihm der "Aachener Friedenspreis" verliehen. 2013 erschien sein Buch "Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient".

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerks Köln am 02.07.2013)

Nationalismus in Europa – Welche Zukunft hat Europa

Die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise, sie steht vielleicht vor den größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Jahrzehntelang schien der Weg des europäischen Einigungsprojektes vorgezeichnet: friedliches Zusammenleben, Bereicherung durch die verschiedenen Kulturen, wirtschaftliche und soziale Integration, einheitliche Währung, offene Grenzen etc. Heute drohen diese Errungenschaften in

Vergessenheit zu geraten. Rechtspopulistische Parteien verzeichnen mit ihren nationalistischen Parolen wachsenden Zulauf. Es dominiert eine Politik nationaler Egoismen. Die EU befindet sich scheinbar an einer Wegmarke. Wird der derzeitige Kurs fortgesetzt, könnte die Union daran zerbrechen. Soll Europa gestaltungsfähig bleiben, so ist eine handlungsfähige EU nötig, die sich auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stützen kann. Doch, wie kann eine solche Politik aussehen? Welche Reformen der EU-Institutionen sind nötig um, um auf EU-Ebene soziale Demokratie zu verwirklichen? Wie kann die soziale Dimension gestärkt werden? Was können aktuelle Initiativen, wie z.B. die Schaffung einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ auf dem Weg dorthin leisten?

(Veranstaltung des Kath. Bildungswerk Köln am 09.05.2017 in Kooperation mit Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB), Europe direct Informationszentrum der Stadt Köln, Europa-Union Köln, Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln, Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung. Stiftung der KAB Deutschlands, Europabüro der KAB Deutschlands)

ANHANG

WIE IN KIRCHE MIT RECHTSPOPULISMUS, RECHTSEXTREMISMUS UND DER AfD UMGEHEN
- LITERATURHINWEISE -

Eine vertiefte Auseinandersetzung, wie wir in der Kirche mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus umgehen sollten, kann anhand folgender Publikationen erfolgen:

- Eine vorzügliche Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen in Kirche und Gesellschaft ist die Arbeitshilfe Nr. 305 der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Titel „Dem Populismus widerstehen“ – Download unter: https://www.dbk-shop.de/media/files_public/pudhpsvxdlfb/DBK_5305.pdf; Printexemplare sind zu bestellen unter: <https://www.dbk-shop.de/de/dem-populismus-widerstehen-arbeitshilfe-kirchlichen-umgang-rechtspopulistischen-tendenzen.html>.
- Die o.g. Arbeitshilfe fußt auch auf einer Untersuchung des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften (ICS) an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster sowie des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft in München zur Vereinbarkeit der Positionen der AfD mit der katholischen Soziallehre. Nach dieser Studie vom Frühjahr 2017 sind hier massive Differenzen festzustellen. Die Studie umfasst rund 100 Seiten, die zentralen Ergebnisse werden auf drei Seiten zusammengefasst. Download der Studie (incl. der Zusammenfassung) unter: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fb2/c-systematischeheologie/christlichesozialwissenschaften/heimbach-steins/ics-arbeitspa-piere/ics_ap_8_afd_kathsl.pdf (Abruf 20.08.2019)
- Rainer Maria Kardinal Woelki, Entschieden für Menschenwürde und Menschenrechte. Zur kirchlichen Haltung gegen Rechtspopulismus, in: Stefan Orth / Volker Resing (Hg.), AfD. Pegida und Co. Angriff auf die Religion? Freiburg i.Br.: Herder, 2017, S. 181-189 mit Endnoten S. 200f. (Das Manuskript des Artikels stammt erkennbar noch aus dem Jahr 2016.)
- Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum, hg. v. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Diözesanverband Mainz, Evangelische Akademie zu Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Projekt „Kirche stärkt Demokratie“ der der EKN, Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad, veröffentlicht unter: https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/Broschu%CC%88re_BAGKR_2017_2.-Auflage_web.pdf [Abruf 20.08.2019]. Eine Art Kurzfassung findet sich im Flyer „Rechtspopulismus: Was können die Kirchen tun?“ (https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/BAGKR_Rechtspopulismus_web.pdf, Abruf 20.08.2019)
- Erklärung der AKSB-Mitgliederversammlung in Fulda am 27./28.11.2018 „Menschenwürde und Demokratie stärken – Rassismus widersprechen. Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit in katholisch-sozialer Verantwortung“ – Download unter: https://www.aksb.de/fileadmin/redaktion/Archiv/Dokumente/Menschenwuerde_und_Demokratie_staerken_-_Rassismus_widersprechen_Erklraeung_der_AKSB-Mitgliederversammlung_28Nov18.pdf (Abruf 20.08.2019)
- Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung. Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus (veröffentlicht im Juli 2017), Download unter: https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/fachthemen/kinder-und-jugendlic/handreicherung-miteina/web_handreichung_miteinander_gegen_hass.pdf (Abruf 20.08.2019)
- Sonja Angelika Strube, In kirchlichen Räumen mit Pegida reden? Ein kritisch-differenzierter Diskussionsbeitrag zum Umgang mit Dialog-Begehren rechter Aktivisten, veröffentlicht auf: <https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/Strube-Artikel-Mit-Pegida-reden-4.2016.pdf> (Abruf 20.08.2019)
- Bei der sozialetischen Urteilsbildung in Bezug auf politischen Strömungen und Parteien ist neben den sozialetischen Grundlagen der katholischen Soziallehre die politikwissenschaftliche Analyse zu berücksichtigen. Bei der Frage des Umgangs mit der AfD ist hier insbesondere die Einschätzung ausschlaggebend, wie weit rechts die AfD politisch zu verorten ist. Prof. Dr. Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsseldorf ([www.forena.de](http://forena.de)) veröffentlicht hierzu regelmäßig aktuelle Einschätzungen (Publikationsliste unter: <http://forena.de/publikationen/>). Aktuell sieht er die AfD als Partei des völkisch-autoritären Populismus. S. hierzu: Alexander Häusler / Rainer Roeser, Die AfD: Auf dem Weg in einen völkisch-autoritären Populismus. Eine Zwischenbilanz vor der Bundestagswahl 2017. DGB diskurs Berlin (Juni 2017), Download unter: <https://forumwk.de/wp-content/uploads/2017/08/AfD-Studie-als-PDF.pdf>, und Alexander Häusler, Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus, in: Ders. (Hrsg.), Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, VSA: Verlag Hamburg, 2018, S. 9-19, Download unter: www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Haeusler-Voelkisch-autoritaerer-Populismus.pdf.